

**Europäisches Institut für internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) eV** an der Bergischen Universität Wuppertal; Prof. Dr. Paul Welfens, Präsident des EIIW; Lehrstuhl Makroökonomik, und Jean Monnet Lehrstuhl für Europäische Wirtschaftsintegration, Non-resident Senior Research Fellow at AICGS/Johns Hopkins University; IZA Research Fellow, Bonn. ([www.eiww.eu](http://www.eiww.eu)) [welfens@eiww.uni-wuppertal.de](mailto:welfens@eiww.uni-wuppertal.de); Tel +49 0202 4391371, [2015= 20 Jahre EIIW – preisgekrönte ökonomische Forschung](#)  
**\*Regierung Tsipras soll gefährliche Wirtschaftspolitik beenden, die Griechenland an Abgrund führt; \*bedingter Schuldenschnitt ist sinnvoll – an Privatisierungen gebunden; \*Verfassungsreform und bessere Institutionen möglich und notwendig; \*Investitionsfrage entscheidend für Griechenland; \* Vermögensabgabe in Griechenland 13.7.2015 (PR)**

## **Griechenlandkrise und Euro-Debatte: Neue Ansätze**

1. Nach dem Referendum will die Tsipras-Regierung einen Kompromiss mit den staatlichen Gläubigern, den Institutionen (Europäische Zentralbank, EU und IWF), suchen; **mit dem Rückzahlungstag 20. Juli 2015 für griechische Papiere bei der EZB steht ein kritisches Datum bevor.** Können die fälligen 3,6 Mrd. € nicht fristgerecht zurückgezahlt werden, ist Griechenland in Konkurs und zudem sein Bankensystem. Dann droht in dem Land eine ökonomisch, politisch und sozial katastrophale Entwicklung, wobei die Verantwortung hierfür bei der Regierung Tsipras läge, die Ende Juni vom Brüsseler Verhandlungstisch wegging – und zum Referendum am 5. Juli aufrief - und dabei die noch verfügbaren 17 Mrd. € an Restmitteln aus dem zweiten Hilfspaket verfallen ließ.
2. Die von der Tsipras-Regierung am 9. Juli 2015 gegenüber Brüssel vorgeschlagenen Anpassungsmaßnahmen sind eine Basis für Gespräche bzw. möglicherweise ein drittes Hilfspaket. Allerdings erscheint sonderbar, dass das vorgeschlagene wirtschaftspolitische Programm wohl nur in geringen Teilen von griechischen Fachpolitikern geschrieben wurde – damit ist unklar, wie stark Regierung und Parlamentsmehrheit wirklich hinter einem solchen Anpassungsprogramm stehen. Nach einer am **26. Juni 2015 publizierten IWF-Analyse** wird Griechenland mittelfristig mindestens 50 Mrd. € als drittes Hilfspaket brauchen, wobei obendrein ein Schuldenschnitt von etwa 100 Mrd. € angeraten wird; knapp ein Drittel der Staatsschulden. Man kann kritisch fragen, warum die Europartnerländer Griechenlands in ihrem Angebot an Griechenland – alle IWF-Länder kannten die Eckpunkte des Papiers des Internationalen Währungsfonds vom 26.6 einige Tage zuvor – nicht wenigstens einen geringen bedingten Schuldenschnitt angeboten haben: 61% Zustimmung gegen das Verhandlungsangebot aus Brüssel hätte man sicher vermeiden können; und es ist sonderbar, dass etwa seitens der Bundesregierung, wo man stark auf den IWF als Partner setzt, nicht das Thema Schuldenschnitt mit aufgenommen wurde.
3. Die vom IWF bzw. der Troika Griechenland empfohlenen Reformprogramme haben nur relativ schlecht funktioniert, da **alle IWF-Prognosen zur Realeinkommensentwicklung in Griechenland in 2010-2014 zu optimistisch** waren; eine solche systematisch überoptimistische Prognose gilt für Portugal, Irland und Zypern als Krisenländern mit Anpassungsprogramm des IWF nicht. Es wäre von daher nur folgerichtig, wenn der IWF Griechenland einen Teil seiner Forderungen von rund 30 Mrd. € erließe, allerdings nur unter bestimmten Bedingungen. Das Realeinkommen Griechenlands ist um 25% im Zeitraum 2010-2014 gefallen, mit fünf Jahren Rezession hält das Land einen Negativrekord für westliche Industrieländer. Dennoch ist festzustellen, dass Griechenland in diesem Zeitraum auch eine ganze Reihe von Reformen gemacht hat und im dritten Quartal 2014 dann endlich – aber nur vorübergehend – Wachstum erreicht hat. In Deutschland reichten in den frühen 1930er Jahren

- drei Jahre Rezession hintereinander, um eine Mehrheit der politischen Extreme im Parlament zu haben; die Weimarer Demokratie war am Ende. Wieso man zugelassen hat, dass Griechenland in fünf Jahre Rezession versank – mit einer Mehrheit der radikalen Parteien seit der Wahl im Januar 2015 -, ist unklar.
4. Die **Investitionsquote Griechenlands** ist von 25% in 2007 auf ca. 11% in 2015 (1. Halbjahr) gefallen. **Die Höhe der Investitionen ist absolut entscheidend für Wirtschaftswachstum in Griechenland.** Eine deutlich erkennbar wirtschaftsfeindliche Wirtschaftspolitik mit widersprüchlichem Zickzack-Kurs, der von der Regierung Tsipras im ersten Halbjahr 2015 realisiert wurde, ist eine Garantie für ein weiteres Absinken der Investitionsquote – dann können die Haushaltskonsolidierungsziele der Regierung Griechenlands, die für 2015 verkündet wurden, nicht länger erreicht werden: Es wird sich ein neues Primär-Haushaltsdefizit einstellen statt des geplanten Überschusses.
  5. **Ein Schuldenschnitt** ist erwägenswert, wenn die Regierung Griechenlands bzw. das Parlament des Landes zusagt, dass entsprechende Privatisierungen vorgenommen werden und eine Schuldenbremse in der Verfassung kommt. Wenn es eine Formel gäbe: 50 Mrd. € Schuldenschnitt bei 50 Mrd. € Privatisierungen, dann hätte man eine Aussicht auf mehr Wirtschaftswachstum. Die Privatisierungen sollten von der EBRD – mit langjähriger Erfahrung - begleitet werden. Eine Erhöhung der Investitionsquote in Griechenland ist nur zu erwarten, wenn das Land zu politischer Stabilität und Rationalität findet: Eine breitere Koalition ist denkbar, eine Verfassungsreform mittelfristig notwendig.
  6. Ein faktischer Schuldenschnitt ließe sich dadurch realisieren, dass man einen Teil der öffentlichen Forderungen an Griechenland zu marktfähigen Papieren macht und dann dem Land seitens der Euro-Partnerländer erlaubt, einen Teil dieser Papiere zu einem Preisabschlag vom Nominalwert zurück zu kaufen. Das könnte dann ein faktischer **Schuldenschnitt in innovativer Form sein**, der nicht im Widerspruch zum Maastrichter Vertrag mit seinem klaren Gebot einer Nicht-Übernahme der Staatsschulden von Euro-Partnerländern steht.
  7. Man wird **Griechenlands Banken nochmals rekapitalisieren** müssen, der Anstieg der Forderungsausfälle gerade im ersten Halbjahr 2014 ist deutlich – und mit der 2015 wieder eingetretenen Rezession dürften die notwendigen Rekapitalisierungserfordernisse steigen. Hier könnten mindestens 20 Mrd. € zusätzlich notwendig werden. Bei Wachstum hingegen wird dies kaum nötig.
  8. Besondere Hilfen für Griechenland sind ökonomisch begründbar und sie wären als Investition in europäische Solidarität und die ökonomische Stabilisierung eines geostrategisch wichtigen EU-Partners argumentativ zu verteidigen. Diese Hilfen wären vernünftigerweise mit einer Diskussion zu verknüpfen, wie ggf. die **Aufnahmekriterien zur Eurozone zu ändern sind**, um mehr Stabilität in der Eurozone zu sichern. Auch ist durch die vielen pragmatischen Hilfsschritte in der Eurozone viel Vertrauen in die EU als Wirtschafts-, Politik- und Rechtsgemeinschaft verloren gegangen; diese Problemaspekte gilt es bei mittelfristigen Reformen in der Eurozone und in der EU im Auge zu behalten.
  9. Die faktischen Kosten eines bedingten 100 Mrd.-€-Schuldenschnitts für Griechenland dürften für die Steuerzahler überschaubar sein, wenn denn eine nachhaltige Sanierung Griechenlands gelingt. Durch die Überwindung der Griechenlandkrise dürfte eine Erhöhung des Wirtschaftswachstums in der Eurozone um 0,1% pro Jahr mittelfristig möglich sein – das ergibt binnen einer Dekade eine **Neutralisierung der Kosten für die Steuerzahler**.
  10. In Griechenland möge man eine **Vermögensabgabe** politisch erwägen.